

An die eigene Nase fassen

Ein Gutes hat unsere Niederlage vom 18. Juli. Sie zwingt uns über die Art und Weise nachzudenken, wie wir in dieser Stadt Bildungspolitik machen. Und nicht nur Bildungspolitik. Zur Debatte steht das Politik-Konzept generell, das hinter der Primarschul-Kampagne stand - und hinter dem Versuch des schwarz-grünen Senats, die sechsjährige Grundschule uniform zu installieren.

„Wenn ihr die Hand ans Gymnasium legt“, warnten vor mehr als fünfzehn Jahren Kenner der Verhältnisse die GAL, „dann werdet ihr einen Sturm erleben. Dann geht das Bürgertum auf die Barrikaden.“ Und so ist es gekommen. Gewiss, man kann es sich leicht machen mit der Analyse des Volksentscheids. Für den Sieg der Betreiber gibt es plausible Erklärungen: die beherrschenden Medien, das große Geld, die Demagogie des Begriffs „Elternwahlrecht“. Aber fassen wir, die „Schulverbesserer“, uns lieber mal an die eigene Nase und fragen wir uns, warum wir die Abstimmung verloren haben.

Meine These dazu lautet, dass wir die Tücken des politischen Streitgegenstandes Schule verkannt und dass wir ein Politik-Konzept verfolgt haben, das für die Gegenwart nicht mehr taugt.

Den Machern der Kampagne war durchaus klar, dass in der schulpolitischen Öffentlichkeit dieser Stadt der Reformüberdruß mit Händen zu greifen war. Kampagnenintern galt „Reform“ als Unwort. Dem politischen Gegner wurde diese Vokabel praktisch überlassen, wodurch er in der Lage war, damit negative Konnotationen auszulösen. Aber dass er das überhaupt konnte, liegt an den massenhaft negativen Erfahrungen mit Reformen. Es liegt auch daran, dass es in den letzten Jahrzehnten in Hamburg keine Schulpolitik gab, die zu einer selbstkritischen Reformfolgenabschätzung in der Lage war. Dass die Ankündigung einer neuen Reform in den Lehrerzimmern nur noch sarkastisches Hohngelächter auslöst, weil „Reform“ mit Verschlechterung der eigenen Arbeitsbedingungen assoziiert wird, hat in der Politikkonzeption im Grunde keine Rolle gespielt. Diese Ausgangsbedingung wurde als ein reformstrategischer Stolperstein nicht ins Kalkül gezogen.

Die eigentliche Tücke der Schule als bildungspolitischer Zankapfel liegt jedoch darin, dass die Beziehung der Eltern zur Schule sich übers eigene Kind vermittelt. Das Schulverhältnis ist nur bedingt politisierbar. Wer in sich hineinhorcht, wenn er als Mutter oder Vater die Schule des Kindes betritt oder dort an einer Feier teilnimmt, weiß, wie emotional die Beziehung zu dieser Institution ist. Das gilt selbst dann, wenn sich damit negative Gefühle verbinden, wie Angst und Scham. Die Schule bindet auch den erwachsenen Menschen viel stärker als das Einwohnermeldeamt oder die Verkehrsbehörde. Sie ist keine Mehrzweckhalle, sondern, wie die Grünen früher so liebevoll sagten, „Lern- und Lebensort“. Und zum Leben gehört halt alles. Zum menschlichen Leben gehört auch, dass wir uns mit dem Schlechten einrichten und bereit sind, mit ihm Kompromisse zu schließen: mit schlechten Paukern, durchnässten Wänden und quietschenden Tafeln.

Dieses Beharrungsmoment, sich auch mit dem Unvollkommenen, Öden einzurichten, weil einem die Menschen und die Abläufe doch vertraut sind und liebgeworden, und dabei einen Ort als Heimat zu empfinden, der eigentlich hässlich und fliehenswert ist, ist der subjektive Teil dessen, was wir Tradition nennen. Ich denke heute, dass es zur Tragik unseres Reformansatzes gehört, eine Reflexion über die Macht der Tradition nicht angestellt zu haben. Wie viele und welche Gefühle rühren wir auf, wenn wir einem sehr populären Schultyp die Amputation von zwei Jahrgängen ankündigen? („Was, keine Fünftklässler mehr?“) Welche Gegen-

reaktionen mobilisieren wir, wenn wir das tun? Und welche Kräfte, die wir als Bündnispartner brauchen, bringen wir gegen uns auf?

Dabei unterstelle ich den Adressaten unserer Reform gar nicht, dass sie alle nur ständig von ihren Gefühlen beherrscht werden. In der Pluralität der Fläche gab es hundert gute Gründe für die Ausnahme: das spezielle Profil in 5/6, die pädagogischen Errungenschaften usw. Das wurde sogar im Einzeldialog von den politischen Entscheidern eingeräumt. Aber es sollte kein Einfallstor für Ausnahmen geben, um nicht immer mehr Ausnahmen nach sich zu ziehen. Dieser Prinzipialismus des Arguments hat jedoch im Einzelfall nie den Verlustschmerz aufwiegen können, der sich mit der Reform ankündigte. Schon gar nicht hat er irgendeine Begeisterung für die Sache aufkommen lassen können; denn Ausnahmslosigkeit ist ja kein ethischer Wert.

Die politische Paradoxie bestand darin, dass ausgerechnet die grüne Politik-Option Gleichförmigkeit verlangte, während sie doch bisher – und auch in der übergreifenden Programmatik – eher mit Werten wie Pluralismus und Autonomie in Verbindung gebracht wurde. Die schwarz-grüne Koalition hatte damit ein doppeltes Problem: Einerseits polemisierte sie – für die CDU sehr ungewöhnlich und sogar sonderbar – gegen die Elbchaussee und die „Gucci-Fraktion“ – andererseits ließen sich in der Schulstrukturreform bestimmte grüne Grundwerte nicht mehr wiederfinden, die die Grünen ansonsten durchaus vertreten. Das Primarschulkonstrukt erwies sich somit nicht nur als Dilemma, sondern auch als eine Werte-Falle.

In der Kampagne auf der Straße und bei Podien hatte ich immer mehr den Eindruck, dass sich mit unserer Option ein Politik-Modell verband, das in die moderne Großstadtgesellschaft nicht mehr passt. Das traumhaft breite Bündnis der Primarschulbefürworter bot intern ein wunderbares Konsensgefühl, stieß aber auf der Straße meistens nur – wenn überhaupt – auf freundliche Skepsis. Denn was wir taten, war im Kern, dass wir eine Senatsidee, die bereits in Gesetz gegossen war, über eine noch zu verwirklichende Schulstruktur auf den Markt trugen und genau hierfür um Zustimmung warben. Der Verkauf eines Ro 80 noch vor Demonstration des Wankelmotors wäre ungefähr genauso aussichtslos gewesen. Die Gespräche, auf die wir uns einlassen mussten, endeten immer in schwierigen Erklärungen, denen häufig eine bürgerlich-rationale Skepsis entgegenschlug, nach dem Motto „Glaubt ihr wirklich, dass das funktioniert?“ Die Heerscharen von Experten, die wir für den kleinen Fachdialog unter den 500 Eingeweihten gewonnen hatten, konnten in solch einer Zweiminutenkonfrontation auf der Straße nicht helfen. Obwohl wir ein riesiges politisches Bündnis vertraten, waren wir mit einem schwierigen Produkt allein.

Wenn wir aus dieser Erfahrung lernen wollen, müssen wir uns als erstes von der mechanistischen Vorstellung verabschieden, man könne für eine Idee „Massen mobilisieren“. „Mobilisierung“ bedeutet Zusammenführung von Individuen in einem politischen oder religiösen Strom. Solch eine Vorstellung lebt von der Phantasie, Machtzentren zu erobern und im Kollektiv individuelle Unterschiede verschwinden zu lassen. So etwas macht der aufgeklärte Großstädter längst nicht mehr mit, und die „bildungsfernen Schichten“ werden uns auch was husten, wenn wir es mit ihnen versuchen.

Am wenigsten wird das zukünftig in der Schulpolitik gehen. Sie ist höchst individuell. Schulen sind eigenwillige Körperschaften, und der Antiautoritarismus und Eigensinn von Lehrkräften ist eine kostbare Errungenschaft der deutschen Demokratie. „Individualisierung“ ist nicht nur ein Begriff für die Unterrichtsentwicklung. Er gewinnt einen tieferen, politischen Sinn, wenn wir ihn auf die Art und Weise anwenden, wie wir zukünftig Bildungspolitik machen.

Kurt Edler

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.